Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 78 (1991)
Heft: 5: Ist Ökologie Lehrbar?

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Internationales Übereinkommen zum Schutz der Rechte des Kindes

Der Bundesrat will das internationale Übereinkommen über die Rechte des Kindes unterzeichnen. Das bereits von mehr als 130 Staaten unterzeichnete Abkommen ist laut Bundesrat «mit der schweizerischen Rechtsordnung zum grössten Teil vereinbar». Bestehenden Unstimmigkeiten – beispielsweise im Zusammenhang mit dem fehlenden Recht auf Familiennachzug für bestimmte Ausländerkategorien – könnte mit einem Vorbehalt begegnet werden.

Der vom Bundesrat gefällte Entscheid entspreche der schweizerischen Politik zugunsten der Menschenrechte und sei «ein Akt internationaler Solidarität, welcher einen besseren rechtlichen Schutz der Kinder dieser Welt anstrebt», heisst es in einer Mitteilung an die Presse. Der Entscheid ergänze damit die Bemühungen der Schweiz zugunsten der Kinder im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe.

Jugendsexualität: Wie weiter?

Die Suche nach einer mehrheitsfähigen Regelung für die Entkriminalisierung der Jugendliebe geht weiter: Die vorberatende Kommission des Nationalrates schlägt im Differenzbereinigungsverfahren zum Sexualstrafrecht vor, dass sexuelle Handlungen straffrei sein sollen, wenn der Altersunterschied zwischen den Beteiligten nicht mehr als drei Jahre beträgt.

Die Kommission stimmte dieser Formulierung nach eingehender Diskussion mit neun gegen fünf Stimmen zu. Sie wich damit sowohl von den ursprünglichen Beschlüssen des Nationalrates wie auch von den Beschlüssen des Ständerats ab, der nur sexuelle «Kinderspiele» von unter 14jährigen straffrei erklären wollte. Bei älteren Jugendlichen wollte es der Ständerat dem Richter überlassen, ob diese auf eine Strafverfolgung verzichten wollte. Unbestritten ist, dass das Schutzalter generell bei 16 Jahren bleiben soll.

Wer finanziert unsere Ausbildung?

Die Kantone tragen mit Abstand die Hauptlast der Aufwendungen der öffentlichen Hand für Bildung. 1988 entfielen auf sie 53,5% der gesamten staatlichen Ausgaben für Unterricht. Die Gemeinden steuerten 34 und der Bund 12,4% bei.

Am stärksten engagieren sich die Kantone bei den Mittelschulen, wo sie für 92,2% der Ausgaben aufkamen. Auch beim beruflichen Bildungswesen lag mit 64,6% die finanzielle Hauptlast bei den Kantonen. Bei den Hochschulen trugen sie knapp die Hälfte und bei der Volksschule immerhin noch 41,6% der Aufwendungen. Der Bund konzentriert sich bei seinen Bildungsausgaben auf die Hochschulen, die er 1988 insgesamt zu gut der Hälfte finanzierte. Nennenswert war sein Engagement ferner mit 17,7% im beruflichen Bildungswesen. Die Verantwortung der Gemeinden schliesslich liegt in erster Linie bei den Volksschulen, die sie zu 57,9% finanzierten. Aber auch am Haushalt des beruflichen Bildungswesens waren die Gemeinden mit 17,7% namhaft beteiligt.

Stark zunehmende Schülerzahlen in der Höheren Berufsbildung

Die beruflichen Fähigkeiten der Mitarbeiter gehören zu den wichstigsten Ressourcen der Unternehmen. Daher stellt die Förderung der beruflichen Bildung gerade in Volkswirtschaften mit starker internationaler Verflechtung eine wesentliche Voraussetzung für Markterfolg dar. Ein bedeutender Teil der Berufsbildung findet in Höheren Lehranstalten statt. Die Anzahl Schüler der entsprechenden Institute im Bereich der Höheren Berufsbildung (ohne Universität) steigt fortwährend an: von 25 750 1980 auf 45 800 1989/90.

Im Schuljahr 1989/90 machten Schüler der Höheren Fachschulen (z.B. Höhere Technische Lehranstalten HTL und Höhere Wirtschafts-/Verwaltungsschulen HWV) 32% der Gesamtzahl der Absolventen der Höheren Berufsbildung aus. 18,7% bereiten sich auf Höhere Fachprüfungen, 12,9% auf Berufsprüfungen vor. 9% der Schüler besuchten Technikerschulen (TS). Auf die übrigen Schulen dieser Bildungsstufe entfielen schliesslich 27,4% der Auszubildenden.

Akuter Lehrlingsmangel

Der Lehrlingsmangel in der Schweiz ist 1990 wiederum grösser geworden. Eine akute Situation meldeten gegen drei Viertel der erfassten Biga-Berufe, wie aus der am Donnerstag veröffentlichten jährlichen Lehrstellenumfrage des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) hervorgeht. Das sind fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Am stärksten betroffen sind der Detailhandel, das Gast- und das Bauhauptgewerbe samt Metall- und Nahrungsmittelbranche.

Zu wenig Lehrstellenanwärter haben laut SGV 72 Prozent der befragten Verbände gemeldet. Ausgeglichene Verhältnisse wurden bei einem Fünftel festgestellt, und nur acht Prozent verzeichneten zu viele Anwärter. Die demographische Entwicklung zeige, dass erst ab 1995 wieder mit einer zunehmenden Zahl von Schulabgängern zu rechnen ist, heisst es weiter. Es sei vor diesem Hintergrund nur zu hoffen, dass der steigende Trend der Jungen zum Besuch einer Maturitätsschule nicht anhalte. Vom eigenen Berufsbildungssystem sollte die Schweiz auch im Hinblick auf einen möglichen europäischen Wirtschaftsraum nach Ansicht des SGV nicht abrücken, auch wenn Länder wie Frankreich oder Österreich die Ausbildung bis zur Hochschulreife stark förderten. Denn die jahrelange geringe Arbeitslosigkeit

auch bei den Jungen, die anhaltende Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland und die grosse Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften aus der Schweiz belegten die Vorteile des schweizerischen Systems.

Gemäss SGV sind im vergangenen Jahr weniger Lehrlingsverträge abgeschlossen worden. Die 61447 Lehrverträge, die im Jahre 1989 neu abgeschlossen wurden, entsprechen einem Rückgang von zwei Prozent. Konstant geblieben ist mit 41,5 Prozent der Frauenanteil, und zurückgegangen sind dementsprechend auch die Lehrabschlussprüfungen, nämlich um rund 1,7 Prozent auf 63 194. Der Gesamtbestand der Lehrverträge belief sich 1989 auf 176 056.

«Schweizerische Sportmittelschule» in Davos

In Davos soll eine «Schweizerische Sportmittelschule» errichtet werden. In ihrer Stellungnahme an das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) begrüsst und unterstützt die Bündner Regierung das Projekt, das in einem «überzeugenden Konzept» seinen Niederschlag gefunden habe.

Sie erwarte daher eine baldige Realisierung des durchdachten und einem ausgewiesenen Bedürfnis entsprechenden Vorhabens. Voraussetzung für das Gelingen dieses Projektes sei allerdings, dass die schulischen Abschlüsse sowohl kantonal als auch eidgenössisch anerkannt werden, schreibt die Bündner Regierung. Auf Grund der vorliegenden Unterlagen könne sie aus der Sicht des Kantons schon heute feststellen, dass die vorgeschlagenen Ausbildungslehrgänge grundsätzlich den Anforderungen für eine kantonale Anerkennung entsprächen.

Alternativen zum Hochschulzugang via Gymnasium?

Die schweizerischen Gymnasien wollen den Anschluss an Europa nicht verpassen: An einer Tagung in Basel schlug die Konferenz Schweizerischer Gymnasialrektoren (KSGR) den kantonalen Erziehungsdirektoren vor, die Zulassung zu den Schweizer Hochschulen auf alle Absolventen einer Vollzeit-Mittelschule auszuweiten.

Zudem plädierte die KSGR für mehr Wettbewerb an den öffentlichen Mittelschulen und die Reduktion der Maturitätstypen. Solche Perspektiven überraschen: Die Rektorenkonferenz war in den letzten Jahren bei Reformvorlagen eher durch Zurückhaltung aufgefallen.

Bisher führte der Weg zum Studium beinahe ausschliesslich über die Maturität. Das soll sich nach Meinung der KSGR in der Mittelschule der Zukunft ändern: Die bisher getrennten Mittelschulausbildung an Gymnasien, Diplommittelschulen, Handelsschulen, Lehrerausbildungsstätten und anderen Mittelschulen sollen allesamt den Zugang zu den Hochschulen öffnen. Zudem solllten die schweizerischen Mittelschulausweise auch das Studium an den europäischen Universitäten ermöglichen.

Schlaglicht

Ein Kränzchen für die Primarschule

«‹Dem ausländischen Beobachter fällt sofort die grosse Kluft zwischen dem geradezu erobernden internationalen (gar multinationalen) wirtschaftlichen Schwung der Schweiz und der Bewegungslosigkeit des Bildungssystems auf›. So heisst es in einem neuen Bericht der OECD*). Vier ausländische Experten untersuchten den voruniversitären Bildungsbereich in der Schweiz. Komplimente und Kritik halten sich die Waage. Die Leistungen des schweizerischen Bildungswesens seien im internationalen Vergleich hervorragend, steht ganz hinten im Bericht. *Besonders die Primarschulen hätten ein hohes Niveau und seien auch innovativ.*» (TA 5. März 1991)

Im Vergleich der einzelnen Schulstufen schneidet die Primarstufe am besten ab. Dies dürfte Beobachter der Schweizer Schulszene nicht weiter überraschen. Die Primarschule hat neuere didaktische Konzepte (z.B. Lernorientierung, Situationsorientierung) tatkräftig in schulischen Alltag umgesetzt – zunächst vor allem auf der Unterstufe, mit einiger Verzögerung greift es allmählich auch auf der Mittelstufe.

Vor allem zwei Gründe scheinen mir dafür massgeblich verantwortlich zu sein:

Die Primarschule konnte an eine reichhaltige deutschschweizerische Tradition anknüpfen, die bis in die Anfänge der Reformpädagogik Anfang des Jahrhunderts zurückreicht.

Die Lehrerbildung für die Primarstufe hat sich nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich stark gewandelt. Von den Lehrerbildungsanstalten und aus der Fortbildung sind Impulse ausgegangen, die dringend notwendige Innovationen initiierten und unterstützten.

Den Primarschulen wird ein hohes Niveau und Innovativität attestiert. – Wie schön wäre es, wenn das auch von den andern Schulstufen gesagt würde! Am Niveau wird es weder bei der Oberstufe noch bei der Mittelstufe fehlen. Was die Innovationen betrifft, da muss wohl einiges mehr gewagt werden, sollen die weiterführenden Stufen ein ähnliches Qualitätsurteil erhalten wie die Primarschule.

Peter Sieber

*) Bildungspolitik in der Schweiz. Schlussbericht der OECD 1990/91. Preis: Fr. 20.–, zu beziehen bei: EDK, Sulgeneckstrasse 70, 3005 Bern.